NomosAnwalt

Peter Hentschel †
Rechtsanwalt, Lehrbeauftrager an der Universität zu Köln

Carsten Krumm,
Richter am Amtsgericht, Dortmund

Fahrerlaubnis Alkohol | Drogen

im Straf- und Ordnungswidrigkeitenrecht

7. Auflage

Nomos

Inhaltsverzeichnis

Vorwort zur 7. Auflage 5

Literaturverzeichnis 25

Allgemeines Abkürzungsverzeichnis 31

Erster Teil: Rauschmittel im Straßenverkehr 41

A. Die Feststellung des Rauschmittelkonsums 41

I. Atemalkoholprobe 41

II. Blutentnahme 43

1. Gesetzliche Voraussetzungen der Blutprobe: § 81 a StPO 44
2. Einwilligung (Freiwillige Abgabe der Blutprobe) oder Anordnung 45
3. Verwertbarkeit einer unter Verstoß gegen die gesetzlichen Bestimmungen gewonnenen Blutprobe 49
   a) Entnahme der Blutprobe unter Vernachlässigung der „medizinischen Entnahmevoraussetzungen“ 50
   b) Verwertung von anderen Blutproben 51
   c) Fehlende Anordnung 51
4. Untersuchungen und Tests bei der Blutentnahme 52
   a) Verwertbarkeit des sog „klinischen Befundes“ 53
   b) Bedeutung eines negativen klinischen Befundes 54
   c) Vernehmung des Blutentnahmearztes 54

III. Ermittlung der Blutalkoholkonzentration aus der Blutprobe 55

1. Die verschiedenen Untersuchungsmethoden 55
2. Anzahl der Einzelanalysen 56
3. Nicht ausreichende Anzahl von Einzelanalysen 57
4. Die geringe Wertigkeit einer zweiten Blutprobe 59
5. Variationsbreite 60
6. Analysenmittelwert 61
7. (Kein zusätzlicher) Sicherheitszuschlag 62

IV. Bedeutung der Blutalkoholkonzentration zur Tatzeit 62

1. Entbehrlichkeit einer Rückrechnung auf die Tatzeit 62
2. Rückrechnung auf die Tatzeit 63
   a) Stündlicher Abbauwert 63
   b) Verlauf der Blutalkoholkurve und Resorptionszeit 65
   c) Die ersten beiden Stunden nach Trinkende 65
3. Nachtrunk 67

V. Fehlen einer Blutuntersuchung 69

1. Berechnung der BAK aus der Trinkmenge („Widmark“) 69
   a) Grundlagen jeder Berechnung 69

b) Die eigentliche Berechnung nach Widmark 70
aa) Erläuterungen zu der Formel 70
bb) Der Reduktionsfaktor „r“ 70
cc) Die abgebaute Alkoholmenge „ß x t“ 71
dd) Das Resorptionsdefizit 71
2. Atemalkohol 74
a) Grundlagen 74
b) Verfälschende Einflüsse auf das AAK-Ergebnis 74
c) Gefahrengrenzwert: 0,25 mg/l AAK 76
d) Der Einsatz eines AAK-Messgerätes (generelle Betrachtung) 77
aa) Zuverlässigkeit der Messwerte einer AAK-Messung 78
bb) Bei allen AAK-Messungen zu beachtende Verfahrensbestimmungen 78
cc) Fehlerquellen bei der Messung bzw. im Rahmen der Auswertung 78
dd) Tatsächliche Feststellungen des Tatrichters 79
VI. Das medizinische Sachverständigengutachten 80
1. Verfahrensfragen 80
2. Unvereinbarkeit der ermittelten BAK mit dem klinischen Befund .. 81
3. Das Urteil des Tatrichters: BAK-Bestimmung und Sachverständigengutachtens 82
4. Zweifel an der Identität des untersuchten Blutes 83
a) … im Strafverfahren 83
b) … im Bußgeldverfahren 85

B. Alkoholbedingte Fahrunsicherheit 85
I. Absolute und relative Fahrunsicherheit 85
II. Absolute Fahrunsicherheit bei Kraftfahrern 86
1. Feststellung absoluter Fahrunsicherheit aufgrund des Blutprobenergebnisses 86
2. Kein AAK-Beweisgrenzwert für absolute Fahrunsicherheit 87
3. Erreichen des Beweisgrenzwertes erst nach der Tat 89
4. Keine Aufrundung 89
5. Motorrad- und Mopedfahrer 90
6. Mofafahrer 90
7. Segway-Nutzer 90
8. Anwendbarkeit des Beweisgrenzwertes für Kraftfahrer 90
III. Absolute Fahrunsicherheit bei Radfahrern, E-Bikern, „Bierbikern“ 91
IV. Erschwerende Bedingungen bei der Fahrt 93
V. Grenzwertabsenkung durch Krankheit, Ermüdung pp. 93
VI. Und dann noch: Falls es in Zukunft nochmals zur Herabsetzung der Promillegrenze kommt … 93
VII. Relative Fahrunsicherheit 94
1. Mindest-BAK für die Annahme relativer Fahrunsicherheit 94

2. Anforderungen an die zusätzlichen Beweisanzeichen für die Annahme relativer Fahrunsicherheit 94
3. Gesamtwürdigung aller Umstände 95
4. Feststellung alkoholbedingter Ausfallerscheinungen 96
5. Ausfallerscheinungen bei der Fahrweise 96
6. Andere alkoholbedingte Ausfallerscheinungen 101
7. Sturztrunk vor Fahrtantritt 103
8. Der klinische Befund = ärztlicher Bericht des blutprobeentnehmenden Arztes 104
VIII. Zusammenwirken von Alkohol und anderen Ursachen 106
IX. Fahrunsicherheit aufgrund „anderer berauschender Mittel" (insbes. Drogen) 107
1. Der Begriff der „anderen berauschenden Mittel" 107
2. Welche Drogen sind „berauschende Mittel"? 108
3. Welche Medikamente sind berauschende Mittel? 108
4. Wechselwirkungen: Medikamente/Alkohol/Drogen 110
5. Grenzwerte und Drogen 111
a) Keine anerkannten Grenzwerte für Fahruntüchtigkeit 111
b) Existieren Mindestgrenzwerte? 113
c) Noch nicht anerkannt: Der CIF als Gradmesser nach Cannabis-Konsum 114
6. Anforderungen an die Feststellung drogenbedingter Fahrunsicherheit 114
a) Herabgesetzte Gesamtleistungsfähigkeit 114
b) Neben Konsum sind weitere Beweisanzeichen erforderlich 115
c) Fahrfehler als rauschmittelbedingte Ausfallerscheinung 118
d) Sonstige Verhaltensbesonderheiten als rauschmittelbedingte Ausfallerscheinungen 119
e) Weitere hilfreiche Einzelheiten aus der Rechtsprechung und Literatur zu Ausfallerscheinungen (leitsatzartig) 121
7. Die Feststellung des Konsums und der Menge des Konsums 124
8. Keine Rückrechnung möglich 125
9. Tatsächliche Feststellungen/Ermittlungen des Tatrichters 125

C. Erheblich verminderte Schuldfähigkeit und Schuldunfähigkeit 127
I. Allgemeines 127
II. Actio libera in causa 130
1. Anwendbarkeit im Verkehrsstrafrecht 130
2. Vorsätzliche actio libera in causa 131
3. Fahrlässige actio libera in causa 132
III. Besonderheiten bei der Rückrechnung 134
1. Grundschema 135
2. Resorptionsabschluss/Beginn der Berechnung 135
3. Stündlicher Abbauwert 135

4. Und so wird die höchste BAK berechnet! 135
IV. Hinzuziehung eines Sachverständigen 138
V. Erheblich verminderte Schuldfähigkeit 139
1. Keine verbindliche BAK-Höhe 139
2. Besondere Bedeutung der BAK von 2,0 ‰ 140
3. Besonderheiten der Rückrechnung 142
4. Gesteigerte Bedeutung „psychodiagnostischer Kriterien“ 142
VI. Schuldunfähigkeit 143
1. BAK von 2,5 ‰ 143
2. BAK von 3,0 ‰ 144
3. Verhalten des Täters 147
VII. Vollrausch (§ 323 a StGB) 148
1. Grundsätzliches/Prozessrecht 148
2. Rausch 149
a) Begriff des Rausches 149
b) Bedeutung der BAK-Höhe für den Rausch 149
c) Hinzutreten anderer die Schuldfähigkeit beeinträchtigender Ursachen 150
3. Innerer Tatbestand 151
a) Vorsatz und Fahrlässigkeit 151
b) Rauschtat als objektive Bedingung der Strafbarkeit 152
c) Innerer Tatbestand der Rauschtat 153

D. Fahrlässige Körperverletzung und fahrlässige Tötung infolge Trunkenheit 157
I. Fahrlässige Körperverletzung – § 229 StGB 157
1. Strafantrag oder besonderes öffentliches Interesse 158
2. Tathandlung: Körperverletzung 158
3. Fahrlässigkeit 159
II. Fahrlässige Tötung – § 222 StGB 162

E. Die Trunkenheitsdelikte der §§ 316 und 315 c StGB 164
I. Trunkenheit im Verkehr (§ 316 StGB) 165
1. Dauerstraftat 165
2. Begriff des Fahrzeugführens im (öffentlichen) Verkehr 168
a) Öffentlicher Verkehrsraum 168
aa) Schnellübersicht: Einzelfälle in der Rechtsprechung 169
(1) Beispiele für öffentlichen Verkehrsraum 169
(2) Beispiele für fehlenden öffentlichen Verkehrsraum 170
bb) Feststellung der Öffentlichkeit bei Privatflächen 171
cc) Prozessuale Hinweise 171
b) Fahrzeug 172
aa) Fahrzeuge sind somit vor allem auch 173

bb) Keine Fahrzeuge iSd § 316 StGB sind die in § 24 Abs. 1 StVO genannten besonderen Fortbewegungsmittel, namentlich … 173
c) „Führen" des Fahrzeugs 174
aa) Begriff des Führens 174
bb) Rechtsprechungsüberblick: Einzelfälle zum Begriff des Führens 175
cc) Verhältnis des „Führens" zu dem Beweisgrenzwert für die absolute Fahruntüchtigkeit 177
(1) Rollenlassen und Schieben pp. 177
(2) Abschleppen 178
3. Rauschmittelbedingte Fahrunsicherheit 178
4. Rechtfertigungsgründe 179
5. Vorsatz und Fahrlässigkeit im Hinblick auf die Fahrunsicherheit .. 180
a) Vorsatz 181
aa) Bedeutung der BAK-Höhe 182
bb) Umstände des Einzelfalles 187
cc) Das Urteil: Tatsächliche Feststellungen bei Vorsatzverurteilung 190
b) Fahrlässigkeit 191
aa) Erkennbarkeit der alkoholischen Beeinträchtigung 191
bb) Kenntnis des vorausgegangenen Alkoholgenusses 191
cc) Genuss unbekannter Getränke, Medikamenteneinnahme und „Einatmen von Dämpfen" 192
dd) Bedeutung der BAK-Höhe als Fahrlässigkeitsindikator 193
ee) Heimlich zugeführter Alkohol 193
ff) Restalkohol 194
gg) Zusammenwirken von Alkohol und anderen Ursachen 195
6. Teilnahme und Wahlfeststellung 196
a) Täterschaft und Teilnahme 196
b) Konkurrenzen/Tatbegriff/Wahlfeststellung 196
II. Gefährdung des Straßenverkehrs (§ 315 c StGB) 200
1. Keine Dauerstraftat 200
2. Fahrzeugführen im Straßenverkehr 201
3. Gefährdung eines anderen Menschen oder fremder Sachen von bedeutendem Wert infolge Fahruntüchtigkeit 201
a) Fahruntüchtigkeit 201
aa) Rauschmittelbedingte Fahruntüchtigkeit 201
bb) … aufgrund geistiger und körperlicher Mängel 202
b) Eintritt einer konkreten Gefahr 204
c) Unmittelbarkeit der Gefährdung 207
d) Der Begriff des „anderen Menschen" als gefährdete Person 208

e) „Sache von bedeutendem Wert“ 208
aa) Wertgrenze 208
bb) Gefährdung des vom Täter geführten Fahrzeugs 211
cc) Verursachung nur unbedeutenden Sachschadens 211
f) Kausalitätsfragen, insbes. „Doppelkausalität“ 211
g) Einwilligung des Gefährdeten und Rechtswidrigkeit 212
h) Vorsatz und Fahrlässigkeit 213
aa) Vorsatz 213
bb) Fahrlässigkeit 214
i) Versuch 214
j) Teilnahme – §§ 26, 27 StGB 214

F. Konkurrenzfragen 215
I. Polizeiflucht 215
II. Mehrere Begehungsformen des § 315 c StGB 215
III. Gleichzeitige Gefährdung mehrerer Personen 216
IV. Mehrere Gefährdungen auf einer Trunkenheitsfahrt 216
V. Das Verhältnis von § 316 StGB zu § 315 c StGB 217
VI. Das Verhältnis von § 315 c StGB zu § 315 b StGB 217
VII. Mehrere Trunkenheitsdelikte bei gleichzeitigem, „fortgesetztem“ Fahren ohne Fahrerlaubnis 218
VIII. Trunkenheitsfahrt und unerlaubtes Entfernen vom Unfallort 219
1. Tatidentität im Sinne von § 264 StPO 219
2. Tatmehrheit 220
3. Nichtverurteilung wegen tatmehrheitlich angeklagten unerlaubten Entfernens vom Unfallort 220
4. Trunkenheitsfahrt und unerlaubtes Entfernen vom Unfallort im Zustand der Schuldunfähigkeit 220
IX. § 315 c StGB und BtM-Delikte 221

G. Strafzumessung bei Trunkenheitsdelikten 222
I. Grundfragen 222
II. Strafzumessungsempfehlungen 224
1. Unzulässige Strafzumessung nach Taxen pp. 224
2. Normalfallrechtsfolgen für den Ersttäter 225
3. Der Prüfungsansatz der Revisionsinstanz 229
III. Bedeutung der BAK-Höhe und des Stadiums der Alkoholkurve 229
1. Strafschärfung 229
2. Strafmilderung/Verminderte Schuldfähigkeit 230
a) Erhebliche Verminderung der Schuldfähigkeit – § 21 StGB 230
b) Strafrahmenverschiebung nach §§ 21, 49 StGB 231
IV. Strafschärfung bei „Zechtour“ 233
V. Bedeutung der von der Fahrt ausgehenden abstrakten Gefahr/Länge der Fahrt 234

VI. Einfluss von Beruf und sozialer Stellung 235
VII. Verschleierungsversuche durch den Angeklagten/Nachtrunk 236
VIII. Vorsatz 236
IX. Inkaufnahme einer Gefährdung durch den Mitfahrenden 237
X. Strafmildernde Entziehung der Fahrerlaubnis 237
XI. Strafmilderung: Vorsorge gegen Kfz-Benutzung vor Trinkbeginn 237
XII. Verminderte Schuldfähigkeit wegen Betäubungsmittelabhängigkeit 238
XIII. Besonderheiten bei Strafzumessung bei § 323 a StGB 238
XIV. Vorstrafen und Verfahrenseinstellungen als Gesichtspunkt der Strafzumessung 238
1. Vorstrafen – Feststellung und Wirkung 238
2. Der Auszug aus dem Bundeszentralregister (BZR-Auszug) 239
a) Einführung in die Hauptverhandlung/Wiedergabe im Urteil 239
b) Überprüfung der Richtigkeit der Vorstrafen 240
c) Warnwirkung der Voreintragung 240
d) Verwertungsverbot/Tilgungsreife 240
3. Verfahrenseinstellungen/Verwertung „unbekannter" Taten 242
XV. Nachtatverhalten, insbes. Schadenswiedergutmachung und Einlassung 243
XVI. Verfahrensdauer 244
XVII. Freiheitsstrafe 246
1. Grundsatz des Ausschlusses kurzer Freiheitsstrafen 246
2. Wiederholungstäter/Bewährungsversager 247
XVIII. Strafaussetzung zur Bewährung 248
1. Bedeutung einschlägiger Vorstrafen 248
2. Bewährungsversager 249
3. Schwere Unfallfolgen 250
XIX. Absehen von Strafe – § 60 StGB/eigene Verletzungen 251
XX. Tatrichterliche Feststellungen zu Umständen der Alkoholaufnahme 252
XXI. Jugendliche/Heranwachsende 252

H. Ordnungswidrigkeit gem. § 24 a StVG 253
I. Abstraktes Gefährdungsdelikt 253
II. Dauerordnungswidrigkeit 253
III. Blutalkohol 254
1. Ausreichen einer BAK von 0,5 ‰ nach Beendigung der Fahrt 254
2. Kein Sicherheitszuschlag 254
IV. Atemalkohol 254
1. Anforderungen an die Verwertbarkeit der AAK-Messung 255
2. Dräger Alcotest 7110 Evidential, Typ MK III 259
a) Fehlergrenzen 259
b) Standardisiertes Messverfahren/Tatsächliche Feststellungen 260
c) Funktion des Messgerätes 260
aa) Bedienungsanleitung 260

bb) Kontrollzeit, Wartezeit pp. 261
cc) Messablauf 262
(1) Herstellung der Betriebsbereitschaft des Dräger Alcotest 7110 Evidential 263
(2) Die Durchführung der Messung mit dem Dräger Alcotest 7110 Evidential 263
(3) Ergebnisanzeige 264
3. Dräger Alcotest 9510 DE 264
a) Technische Gestaltung und technische Daten 265
b) Standardisiertes Messverfahren/Tatsächliche Feststellungen 265
c) Einzelheiten zur Funktion des Messgerätes 266
aa) Bedienungsanleitung 266
bb) Kontrollzeit, Wartezeit pp. 267
cc) Messablauf 268
(1) Herstellung der Betriebsbereitschaft des Dräger Alcotest 9510 DE 268
(2) Die Durchführung der Messung mit dem Dräger Alcotest 9510 DE 269
(3) Ergebnisanzeige 270
4. Sicherheitszuschlag 271
V. Vorliegen von BAK- und AAK-Wert bei derselben Tat 271
VI. Drogen und Medikamente 272
1. Die einschlägigen Rauschmittel 272
2. Überblick: Weitere Tatbestandsmerkmale des § 24 a Abs. 2 StVG 273
3. (Beweis-)Grenzwerte 274
VII. Führen eines Kraftfahrzeugs im Straßenverkehr 280
VIII. Vorsatz und Fahrlässigkeit 281
1. Vorsatz 281
a) … speziell bei Alkoholisierungsfahrten 281
b) … speziell bei Drogenfahrten 282
2. Fahrlässigkeit 283
a) … speziell bei Alkoholisierungsfahrten 283
b) … speziell bei Drogenfahrten 284
IX. Konkurrenzen/Tatbegriff/Rechtskraft 289
X. Verjährungsfristen 291
XI. Ahndung/Rechtsfolgen 291
XII. Abschließende Sammlung von Strategietipps für Verteidiger 295

I. § 24 c StVG – Alkoholverbot für Fahranfänger 296
I. Norminhalt 297
II. Täter: Fahranfänger 297
III. Verstoß gegen das absolute Alkoholverbot 298
1. Alkoholhaltiges Getränk 298

2. Zusichnehmen des Getränks während der Fahrt 299
3. Antreten der Fahrt unter der Wirkung eines alkoholhaltigen Getränks 300
IV. Die subjektive Seite des § 24 c StVG 302
V. Rechtsfolgen 303
1. Sanktionen im Bußgeldverfahren 303
2. Verwaltungsrechtliche Folgen 303

Zweiter Teil: Fahrerlaubnisentziehung und Fahrverbot 305

A. Entziehung der Fahrerlaubnis durch den Strafrichter 305
I. Maßregelzweck 305
1. Maßregel der „Sicherung“ 306
2. Maßregel der „Besserung“ 307
II. Verfahrensfragen der Fahrerlaubnisentziehung 308
III. Voraussetzungen für die Fahrerlaubnisentziehung 309
1. Begehung einer Straftat 309
a) Regelfall: Verurteilungsfälle 309
b) Seltene Fälle der Entziehung bei Nichtverurteilung 310
2. Führen eines Kraftfahrzeugs 310
3. Straftat „bei“ dem Führen eines Kraftfahrzeugs 312
4. „Zusammenhang“ der Straftat mit dem Führen eines Kraftfahrzeugs 312
a) Begriff der „Zusammenhangstat“ und Beispiele 313
b) Eigenhändiges Fahrzeugführen durch den Täter 316
c) Zusammenhang mit dem Besitz eines Kraftfahrzeugs 318
5. Verletzung der Pflichten eines Kraftfahrzeugführers 319
6. Absehen von Strafe oder Nichtverurteilung wegen Schuldunfähigkeit 319
7. Ungeeignetheit zum Führen von Kraftfahrzeugen 320
a) Begriff 320
b) Arten der Eignungsmängel 320
c) Sich „aus der Tat“ ergebende Kraftfahrungeeignetheit 322
d) Nach der Tat aufgetretene Eignungsmängel 323
e) Maßgebender Zeitpunkt für die Eignungsbeurteilung 324
f) Bedeutung des Grundsatzes „in dubio pro reo“ 325
g) Regeltatbestände des § 69 Abs. 2 StGB 325
aa) Die Bedeutung von § 69 Abs. 2 StGB – „Indizwirkung“ 326
(1) Unproblematische Regeldelikte 327
(2) Bedeutender Schaden bei Unfallflucht 327
bb) Absehen von der indizierten Maßregel 330
(1) Umstände der Tat 331
(a) Notstandsähnliche Situation 331
(b) Umparkersachverhalte/Kurzstreckenfahrten 332

(c) Ungefährliche Fahrzeuge 333
(d) Nur geringe Blutalkoholkonzentration? 333
(e) Unfallflucht (mit Trunkenheitsfahrt) 334
(2) Besondere Umstände in der persönlichen Lebensstellung 334
(a) Fehlende Voreintragungen/langjährige Fahrpraxis 335
(b) Berufliche Härten pp. 335
(3) Wegfall des Eignungsmangels 335
(a) Einfluss vorläufiger Führerscheinmaßnahmen 337
(b) Unbeanstandete Teilnahme am Kraftfahrzeugverkehr zwischen Tat und Hauptverhandlung 339
(c) Lange Verfahrensdauer 339
(d) Einfluss von Nachschulungsmaßnahmen 342
(aa) Ziel und Erfolg von Nachschulungsmaßnahmen 343
(bb) Rechtliche Einordnung 344
(cc) Einzelfälle des Absehens von der Regelfahrerlaubnisentziehung wg. Nachschulung 345
(dd) Feststellungen und Würdigungen des Tatrichters 348
(ee) Aufbauseminar: Verfahrenseinstellung nach § 153 a Abs. 1 Nr. 7 StPO 350
(ff) Nachschulungen bei hoher BAK oder Vorstrafen 351
(gg) Welche Feststellungen sind bei welcher Maßnahme erforderlich? 351
h) „Verkehrsspezifische Anlasstaten“ 353
i) Allgemeine Kriminalität („Zusammenhangstaten“) 355
j) Grundsatz der Verhältnismäßigkeit 357
k) Sonderproblem: Fahrerlaubnisentziehung bei dem Jugendrichter 358
IV. Zwingende Entziehung/Rechtlicher Hinweis/Tenorierung/Urteilsgründe 359
V. Wirkung der Fahrerlaubnisentziehung 360
VI. Einziehung des Führerscheins/Vollstreckung 362
VII. Fahrerlaubnissperre 363
1. Sperrfristbestimmung im Urteil 363
a) Bedeutung der Sperre 363
b) Tenorierung der Sperre im Urteil 364
c) Anordnung über die Länge der Sperre 364

d) Sperrfristbeginn 365
2. Noch laufende Sperre aufgrund früherer Verurteilung 366
3. Erhöhtes Mindestmaß 366
4. Einfluss vorläufiger Führerscheinmaßnahmen auf die Sperre 368
5. Sperrfristbemessung 370
a) Voraussichtliche Dauer der Ungeeignetheit 370
b) Besonderheiten der Prognoseentscheidung bei charakterlicher Ungeeignetheit 371
c) Sperre „für immer" – § 69 a Abs. 1 S. 2 StGB 372
d) Unterschiedliche Sperrfristbemessung für einzelne Kraftfahrzeugarten 373
e) Berücksichtigung der Täterpersönlichkeit bei der Sperrfristbemessung 375
f) Ausmaß des Verschuldens als Kriterium der Sperrfristbemessung 378
g) Tatfolgen 378
h) Wirtschaftliche Gesichtspunkte 378
i) Generalpräventive Aspekte 379
j) Mischargumentationen 379
6. Beginn und Berechnung der Fahrerlaubnissperre 380
a) Grundsatz 380
b) Einrechnung fortdauernder vorläufiger Führerscheinmaßnahmen bei Rechtsmitteleinlegung 380
c) Beginn der Sperre bei Strafbefehl 381
d) Beginn der Sperre bei Beschränkung des Einspruchs unter Ausklammerung der Maßregelentscheidung 381
e) Mehrere Fahrerlaubnissperren 382
7. „Isolierte Sperre" 383
a) Voraussetzungen und Wirkung 383
b) Isolierte Sperre trotz Fahrerlaubnisbesitz 383
c) Kein verkürztes Mindestmaß der Sperre entsprechend § 69 a Abs. 4 und Abs. 6 StGB 385
d) Keine Einrechnung der Zeit seit dem Urteil der letzten Tatsacheninstanz analog § 69 a Abs. 5 S. 2 StGB 385
e) Absehen von einer erneuten Sperrfristanordnung bei wiederholtem Fahren ohne Fahrerlaubnis 386
8. Nachträgliche Gesamtstrafenbildung 387
a) Gesamtstrafenbildung durch Urteil 387
aa) Erste Konstellation: „Altes Urteil mit Sperre, neues (eigentlich) ohne" 387
bb) Zweite Konstellation: „Altes Urteil und neues Urteil mit Sperre" 387

b) Gesamtstrafenbildung durch Beschluss 389
aa) Erste Konstellation: „Keine Fahrerlaubnisentziehung/keine Sperre“ 389
bb) Zweite Konstellation: „Nur eine Fahrerlaubnisentziehung/ Sperre“ 389
cc) Dritte Konstellation: „Mehrere Fahrerlaubnisentziehungen und/oder Sperren“ 389
9. Das Ausnehmen bestimmter Kraftfahrzeugarten von der Sperre 391
a) Prüfung von Amts wegen – kein Antragserfordernis 392
b) Tauglicher Gegenstand des Ausnehmens: Fahrzeugart 392
c) Keine Ausnahme von der Sperre für bestimmte Zeiten und Orte oder die Berufsausübung 397
d) Gefahrenabschirmung („besondere Umstände …“) 397
aa) Falsche Erwägungen im Rahmen des Ausnehmens 398
bb) Grundsätze zur Prüfung der Gefahrenabschirmung 398
cc) Objektive Gefahrenabschirmung 399
dd) Subjektive Gefahrenabschirmung 400
e) Ausnahme für Lkws oder Busse im Falle privater Trunkenheitsfahrten 401
f) Ausnahme für landwirtschaftliche Traktoren und Arbeitsmaschinen 402
g) Bedeutung wirtschaftlicher Härten für Ausnahmebewilligung .. 402
h) Keine Ausnahmebewilligung nach Rechtskraft 403
i) Voraussetzungen für das Führen der ausgenommenen Fahrzeugart 403
10. Vorzeitige Aufhebung der Sperre 403
a) Zulässigkeit nach Ablauf der Mindestfristen 404
b) Berechnung der Fristen für die frühest zulässige Sperrfristabkürzung 404
c) Zuständiges Gericht 405
d) Mitwirkung des Verurteilten an der gerichtlichen Entscheidungsvorbereitung 405
e) Entscheidungsgesichtspunkte 406
f) Bedeutung einer Nachschulung des Verurteilten 408
g) Kein Beweis wieder bestehender Eignung 410
h) Beschränkung der vorzeitigen Sperrfristaufhebung auf bestimmte Kraftfahrzeugarten 410
VIII. Rechtsmittel gegen Fahrerlaubnisentziehung und Sperre 411
1. Gute Taktik? Berufungseinlegung mit dem Ziel der Maßregelaufhebung wegen Zeitablaufs 411
2. Rechtsmittelbeschränkung 412
a) Anfechtung des Schuldspruchs 413
b) Beschränkung auf den Strafausspruch 413

c) Beschränkung auf die Strafaussetzung zur Bewährung 414
d) Beschränkung auf die Verurteilung wegen einer von mehreren Taten 415
e) Rechtsmittelbeschränkung auf die Entziehung der Fahrerlaubnis 415
f) Beschränkung des Rechtsmittels auf die Entscheidung über die Fahrerlaubnissperre 416
g) Kosten und Auslagen bei Wegfall der Fahrerlaubnisentziehung oder Milderung der Maßregel bei Rechtsmittelbeschränkung ... 417
3. Verschlechterungsverbot – § 331 StPO 418
a) Keine Verlängerung der Sperre durch das Berufungsgericht 418
b) Faktische Sperrfristverlängerung durch das Berufungsgericht ohne Verstoß gegen das Verschlechterungsverbot 418
4. Revision 419
5. Sofortige Beschwerde 421
6. Gnadenantrag 421
IX. Fahrerlaubnisentziehung bei Inhabern ausländischer Fahrerlaubnisse (§ 69 b StGB) 421
1. Bedeutung und Voraussetzungen des § 69 b StGB 421
a) Ausländische Fahrerlaubnis muss bestehen 422
b) Regeln für Inhaber einer EU-/EWR-Fahrerlaubnis 423
c) Inhaber einer Fahrerlaubnis aus Drittstaaten 425
aa) Ordentlicher Wohnsitz im Ausland 426
bb) Begründung eines ordentlichen Wohnsitzes im Inland 427
cc) Wohnsitz im In- und Ausland 427
dd) Wohnsitz im Inland zur Zeit der Erteilung der ausländischen Fahrerlaubnis 428
ee) Ausschluss der Berechtigung 428
ff) Befristung des berechtigten Fahrzeugführens mit ausländischem Führerschein 428
2. Nicht oder nicht mehr bestehende Berechtigung nach § 29 Abs. 1 S. 3 FeV 430
3. Wirkung der Fahrerlaubnisentziehung bei ausländischer Fahrerlaubnis 430
4. Vollstreckung 431
X. Vorläufige Entziehung der Fahrerlaubnis 431
1. Sachliche Zuständigkeit 432
a) Sachliche Zuständigkeit im vorbereitenden Verfahren 432
b) Sachliche Zuständigkeit des mit der Sache befassten Gerichts .. 432
c) Sachliche Zuständigkeit des Landgerichts 433
d) Sachliche Zuständigkeit im Revisionsverfahren 434
2. Örtliche Zuständigkeit 435
3. Rechtliches Gehör 435

4. Tauglicher Adressat des § 111 a StPO 437
5. „Dringende Gründe“ im Sinne des § 111 a StPO 437
6. Ausnehmen bestimmter Kraftfahrzeugarten von der vorläufigen Fahrerlaubnisentziehung 440
7. Wirksamwerden der vorläufigen Fahrerlaubnisentziehung 441
8. Aufhebung der vorläufigen Fahrerlaubnisentziehung 441
a) Wegfall des Grundes 443
aa) Einfluss langer Verfahrensdauer 443
bb) Aufhebung während des Berufungsverfahrens 444
cc) Einfluss von Verfahrensverzögerungen durch den Angeklagten 445
b) Nichtentziehung der Fahrerlaubnis im Urteil 445
c) „Ablauf“ der Sperrfrist während des Revisionsverfahrens 445
d) Aufhebung wegen Verfahrenseinstellungen 447
9. Vorläufige Fahrerlaubnisentziehung durch das Berufungsgericht ... 448
10. Ausländische Fahrerlaubnis 448
11. Rechtsmittel: Beschwerde 449
a) Zulässigkeit und Begründetheit der Beschwerde 449
b) Keine weitere Beschwerde 451
c) Auslagenerstattung bei erfolgreicher Beschwerde 451
d) Tenorierung bei erfolgreicher Beschwerde 452
XI. Sicherstellung und Beschlagnahme des Führerscheins 452
XII. StrEG-Entschädigung 454
XIII. Checkliste: Prüfungsschema für § 111 a StPO 454
XIV. Zusammenfassende Verteidigungshinweise für Verteidiger und Strategieempfehlungen 455

B. Das Fahrverbot 457

I. Fahrverbot des § 44 StGB im Strafverfahren 457
1. Rechtsnatur und Zielrichtung 457
2. Wechselwirkung mit der Hauptstrafe 459
3. Verfahrensfragen 461
a) Anordnung ohne Erscheinen des Angeklagten in der Hauptverhandlung 461
b) Anordnung im Strafbefehl 461
c) Jugendverfahren 461
d) Hinweispflicht 462
e) Rechtsmittelbeschränkung 462
f) Verschlechterungsverbot – §§ 331, 358 Abs. 2 StPO 463
4. Voraussetzungen für die Anordnung eines Fahrverbots nach § 44 StGB 465
a) Verurteilung zu Freiheits- oder Geldstrafe 465
b) „… bei oder in Zusammenhang mit dem Führen eines Kraftfahrzeugs …“ 466

c) Tatbegehung unter Verletzung der Pflichten eines Fahrzeugführers 467
d) Notwendigkeit der Nebenstrafe/„fahrverbotsfeindliche" Verfahrensdauer 467
aa) Belastungen durch Fahrverbot 468
bb) Lange Verfahrensdauer 468
e) Umfang der Pflichtverletzung – Unterschied zu § 25 StVG 470
5. Regelfahrverbot gem. § 44 Abs. 1 S. 3 StGB 472
a) Regelmäßige Ersatzsanktion 472
b) Erschütterung der Regelwirkung 473
aa) Bedeutungslosigkeit durch Anrechnung 473
bb) Andere Gesichtspunkte 475
6. Exkurs: Fahrverbot auch ohne Verkehrsbezug („Allgemeine Kriminalität") 475
7. Stets nur „ein" Fahrverbot 476
8. Die Ein-Monats-Abgabefrist („Schonfrist") 477
9. Straftat und OWi-Fahrverbot 478
10. Beschränkung auf bestimmte Fahrzeugarten 479
11. Fahrverbot bei ausländischen Führerscheinen 480
12. Wirksamwerden, Vollstreckung und Fristablauf 480
a) Bedeutung des Zeitpunkts der Rechtskraft und Wirkung 480
b) Kein Aufschub der Fahrverbotsvollstreckung 481
c) Vollstreckung des Fahrverbots 482
d) Berechnung der Verbotsfrist 482
aa) Beginn mit der amtlichen Verwahrung des Führerscheins ... 483
bb) Fristbeginn, wenn der Verurteilte keine Fahrerlaubnis hat 484
cc) Fristberechnung bei gleichzeitiger oder nachträglicher Fahrerlaubnisentziehung 484
dd) (Tatsächlicher) Führerscheinverlust 485
ee) Einfluss von Freiheitsentzug auf den Fristablauf – § 44 Abs. 3 StGB 486
ff) Anrechnung vorläufiger Führerscheinmaßnahmen auf die Verbotsfrist 487
gg) Ende der Verbotsfrist 488
hh) Kein Fahrverbot zwecks Umgehung der gesetzlichen Mindest-Fahrerlaubnissperre 488
ii) Die Anrechnungsvorschrift des § 450 Abs. 2 StPO 488
e) Mehrere Fahrverbote in der Vollstreckung 489
13. Fahren trotz Fahrverbots 489
II. Verbot von Haltung und Führung eines Kfz bei Führungsaufsicht 490

III. Fahrverbot als Nebenfolge nach OWi – § 25 StVG 491
1. Verfahrensfragen 491
a) Rechtlicher Hinweis 491
b) Beschlussverfahren nach § 72 OWiG 493
c) Beschränkung des Einspruchs 494
d) Pflichtverteidigerbestellung 494
e) Entbindung von der Pflicht zum persönlichen Erscheinen 495
2. Voraussetzungen für die Anordnung des Fahrverbots 497
a) Fahrverbot trotz Nichtverurteilung wegen Ordnungswidrigkeit? 497
b) Fahrverbot nur gegen den Fahrzeugführer 498
c) Grobe oder beharrliche Pflichtverletzung als Voraussetzung für die Nebenfolge 498
aa) Grobe Pflichtverletzung 498
bb) Beharrliche Pflichtverletzung 500
d) Rechtsprechungsübersicht: Beharrlichkeit 504
e) Nichtausreichen einer Geldbuße als Voraussetzung für die Fahrverbotsverhängung 505
f) Verhältnismäßigkeit 506
3. Die Regelfahrverbote nach dem Bußgeldkatalog 507
a) Die Bedeutung des Bußgeldkataloges 508
aa) Regelfahrverbot des Bußgeldkatalogs indiziert Fahrverbotsvoraussetzungen! 509
(1) Die Herleitung der Indizwirkung 509
(2) Die Auswirkungen der Indizwirkung 510
(3) Absehen vom indizierten Fahrverbot gegen erhöhte Geldbuße 511
bb) Voraussetzungen für ein Absehen vom indizierten Fahrverbot 512
cc) Entfallen der Tatbestandsvoraussetzungen des § 25 Abs. 1 StVG 515
(1) Keine abstrakte Gefahr durch Verstoß 515
(2) Augenblicksversagen 518
(a) Augenblicksversagen bei Geschwindigkeitsverstößen 519
(b) Augenblicksversagen bei Rotlichtverstößen (Mitzieheffekt pp.) 521
(c) Augenblicksversagen bei Abstandsverstößen 521
(d) Augenblicksversagen bei Wenden oder Rückwärtsfahren auf Autobahnen/ Kraftfahrstraßen 521
(3) Richtlinienverstoß bei Geschwindigkeitsmessungen 522
(4) Mitverschulden 523

(5) Irrtümer/Notstandsähnliche Situationen 524
dd) Entfallen der erzieherischen Erforderlichkeit des § 25 Abs. 1 StVG 526
(1) Wirkungsvolle Erhöhung der Geldbuße 526
(2) Fahrverbotsfeindliche Verfahrensdauer 526
(3) Verkehrserzieherische Maßnahmen 528
(4) Vollstreckte Fahrverbote und andere Gründe 528
ee) Unverhältnismäßigkeit aufgrund von Härten 529
(1) Berufliche Härten 531
(2) Persönliche Härten und andere Milderungsgründe 534
4. Das Regelfahrverbot bei Ordnungswidrigkeiten gem. § 24 a StVG 535
a) Keine abstrakte Gefahr durch Verstoß („Fahrten bis 50 m“) 536
b) Fahrverbotsfeindliche Verfahrensdauer („zwei Jahre aufwärts“) 537
c) Nachschulungen, vollstreckte Fahrverbote pp. 537
d) Drohende Härten durch das Fahrverbot 538
5. Bemessung des Fahrverbots 540
6. Wirksamwerden/Viermonateschonfrist 541
7. Fristberechnung 542
8. Besonderheiten der Rechtsbeschwerde 544
9. Die Durchführung der Vollstreckung 545
10. Die Vollstreckung mehrerer Fahrverbote 547

Stichwortverzeichnis 549